Neue Aspekte der Kinder-Verschickung im Jahre 2022

Seit 2019 die ersten Betroffenen an die Öffentlichkeit gingen, ihre Erinnerungen niederschrieben, begannen in den Archiven zu recherchieren und Akten auszuwerten, arbeiten viele daran, das System der massenhaft vorgenommenen Kinderverschickungen ab ca. 1949 zu durchdringen.

Das erste, was klar wurde, war die Tatsache, dass Demütigungen, Strafen, Gewalt, in einer Art, wie man sie sonst nur aus NS-Zuchthäusern kennt, in diesen Institutionen an Kindern zwischen 2 und 12 Jahren ausgeübt wurden, und zwar noch bis in die 80er, manchmal noch 90er Jahre hinein.

Das zweite, was klar wurde, war, dass dies keine Einzelfälle waren, sondern wir einem bisher unbekannten Massenphänomen auf der Spur waren, welches noch niemand vorher jemals untersucht hatte.

Das dritte, was deutlich wurde, war, dass den Gewalttaten an den „verschickten“ Kindern eine besondere Qualität innewohnt, die sich von dem, was zeitgleich in anderen pädagogischen und medizinischen Institutionen passierte, unterscheidet und daher ganz besonders analysiert werden muss.

Das vierte betraf die Dimensionen: Ausgegangen waren wir von der Zahl, die wir 1965 im Jugendbericht der Bundesregierung gefunden hatten: 839 Heime mit 56.608 Plätzen. Klingt nicht viel. Man muss aber rechnen, die 56.608 Plätze wurden siebenmal im Jahr neu genutzt. Sie wurden also von 395.256 Kindern pro Jahr belegt. Und da wir als nächstes eine Zahl der Bundesbahn aus dem Jahr 1974 haben, die 350.000 Sonderzugfahrten zu Verschickungsheimen nennt, so wissen wir also, dass nur allein in diesen 10 Jahren fast vier Millionen Kinder verschickt wurden. Die Verschickungen gingen aber nicht nur über 10, sondern insgesamt weit über 30 Jahre. Und die Zahl 839 ist auch zu niedrig angesetzt, es gab weitaus mehr Kinderkur- und Erholungsheime.

Als weiteres haben wir herausgefunden: NS-Größen als Kinderverschickungs-Heimleiter, vertuschte Todesfälle, Arzneimittelgaben aus sozialer Indikation, pharmazeutische Versuche für die Industrie, verfälschende Diagnosen, Belügen der Eltern, absichtliches Für-Krank-Erklären von Kindern (da man Krankenbetten rechtfertigen wollte), extremes Sparen an Personal, Essen, Ausstattung, Mängelrügen wegen Überbelegung, Unterbesetzung, zu wenig bis gar kein Fachpersonal. Und unter diesen Bedingungen waren die Kinderverschickungen in den 50/60/70er Jahren der Haupterwerbszweig der meisten See-, Bäder, Alpen-Kurorte. Das lässt sich mühelos nachweisen. Ihr Reichtum beruhte auf den Kinderfahrten. (Die Erwachsenenkuren kamen meist erst Ende 70er Jahre wieder in Gang).

All dies und noch viel mehr haben wir ehrenamtlich, mühevoll, ohne Geld, neben unserer sonstigen Arbeit, mit ungeheurer Schwarmintelligenz herausgefunden und gemeinsam ermittelt. Wir, das sind Einzelpersonen, Erinnerungs-Austauschgruppen, Heimortgruppen, Landesgruppen, Recherchegruppen, und Wissenschaftler, die mit Betroffenen in engem Austausch stehen. Das ist gelebte Bürgerforschung, Betroffenenforschung, parteiische Forschung. Parteiisch ja, denn wir wollen etwas aufklären, was bisher verborgen gehalten wurde, wir wollen ein System entschlüsseln, was in der historischen Versenkung verschwunden war, wir wollen die Ursachen herausfinden, warum es zu solchen Sadismen und Quälereien kam und warum sich dieses System so lange „halten“ konnte.

**Was sind die neuen Aspekte 2022?**

Neu ist, dass sich in diesem Jahr die Bundesländerkonferenz einstimmig zu unserem Leid äußerte, und für eine Bundesbefassung mit diesem Thema stimmte.

Neu ist, dass der Landesverein Aufarbeitung Kinderverschickung NRW von seiner Landesregierung, wie wir gestern von Herrn Fritsch von der Landesregierung NRW erfahren haben, ca. 500.000.- Euro Unterstützung für ein Citizen-Science-Projekt erhalten hat. Das ermöglicht ihnen nun, für alle Heime und alle Verschickten aus NRW, die individuelle und gesellschaftliche Aufarbeitung der Verschickung professionell voranzutreiben.

Neu ist, dass es sich in der Trägerlandschaft regt. Nachdem anhand einiger Beispiele deutlich wurde, dass eine Forschung ohne die Betroffenen und ihre Berichte unsinnig ist, bemühen sich immer mehr Träger, unabhängige Historiker zu beauftragen, die Betroffene ernst nehmen, mit ihnen ins Gespräch kommen, Befragungen durchführen und eng mit unserem Wissenschaftsverein zusammenarbeiten.

Neu ist, dass an einigen Universitäten unabhängige Wissenschaftlerinnen, zT mit Doppelexpertise, also selbst Verschickungskinder, trägerunabhängige Forschungsvorhaben zu unserem Thema initiieren, wie kürzlich in Heidelberg, Koblenz und Tübingen.

Neu ist, dass damals erwachsene Zeitzeugen sich eigenmächtig zu Wort melden, wie im Frühjahr als Erwiderung auf ein Gutachten der Franziskanerinnen geschehen, wo eine ehemalige Mitarbeiterin mit den Worten: „Noch sind wir nicht tot!“, in einem Zeitungsbericht den im Gutachten zitierten Angaben der Nonnen vehement widersprach, dass es angeblich nie eine Einfütterung von Erbrochenem gegeben habe.

Neu ist, dass wir zunehmend Beschwerdebriefe finden, Eltern, Praktikantinnen, Erzieherinnen und Entsendestellen bestätigen die traumatischen Erinnerungsberichte und verifizieren sie damit. Die letzten, die ich fand, waren von 1972, 84 und 96.

Vieles haben wir erreicht, wir können stolz darauf sein. Heute begrüße ich euch bereits zum vierten bundesweiten Fach-Kongress zu unserem Thema. Beim ersten Kongress rechneten wir mit etwa 20 Personen, es kamen 75, damals hatten wir keinerlei Forschende mit Forschungsergebnissen über Verschickungen, alle hatten nur etwas über verwandte Themen zu sagen. Heute zählen viele unabhängige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus insgesamt 10 Universitäten zu denen, die sich intensiv mit unserem Thema befassen.

Damals hatten 500 Betroffene ihre Erinnerungen in Form von Kommentaren geschickt, heute haben wir einen riesigen Datenschatz von weit über 10.000 Berichten gesammelt.

**Ja, manches haben wir noch nicht erreicht:**

Wir sind bisher nicht als Opfergruppe anerkannt, so wie die Fürsorge-Heimkinder, Psychiatrie- und Missbrauchsopfer, für die Stiftungen und Runde Tische eingerichtet wurden. Wir haben bisher keinerlei Unterstützung vom Bund für unsere Aufarbeitungs-Arbeit bekommen. Beratung von ca. 300 Menschen pro Woche, per mail, per Telefon, per Newsletter, via soziale Medien, deren Vernetzung, das Sammeln von Daten, das Studium von Akten, das Recherchieren, die Kommunikation mit Trägern, Politikern und Presse, all das geschieht in unserer Freizeit, geht von unserer Lebenszeit ab.

Die Betroffenen suchen ihre Heime, meist wissen sie nur den Heimort, oder die Gegend, sie suchen andere, die auch in diese Gegend oder Heime verschickt wurden, sie suchen die Namen der Tanten und Heimleiter, die sie quälten, sie wünschen sich, ihre Erinnerungen mit anderen auszutauschen um mehr zu erfahren, um die Lücken zu schließen, die in ihren Erinnerungen klaffen, sie suchen Verwaltungsakten über ihre Heime, sie suchen Beschwerdebriefe aus ihren Heimen, sie suchen medizinische Gutachten und Überprüfungsakten. Sie suchen und suchen. Alles, was bisher gefunden wurde, zeigt ihnen, dass sie nicht allein betroffen waren, dass sie nichts dafür konnten, dass sie unschuldige Opfer eines unmenschlichen Systems waren. Und das ist es, was Wunden schließt, was hilft, was heilt.

Das umfangreiche Projekt, was Christiane Dienel mit drei weiteren Universtätsprofessor:innen im Rahmen von Citizen-Science ausgearbeitet und bei der DFG eingereicht hat, wurde kurz vor der letzten Runde abgelehnt, weil man dort dachte, wir würden bald politische Unterstützung erhalten.

Das Ziel, was uns ursprünglich so nah erschien, Unterstützung vom Bund zu erhalten, für das, was sich die meisten Betroffenen wünschen, Aufklärung, das haben wir bisher nicht erreicht.

Dafür werden wir weiter eintreten.

40.000 Menschen haben sich einer Petition angeschlossen, die die Bundesregierung auffordert, tätig zu werden. 40.000 Menschen, die als Gründe für ihre Unterschrift in mehr als 90 % der Fälle eigene Betroffenheit angeben. Eigene Betroffenheit, die sie ausführen und beschreiben, in vielen Einzelheiten. Nach diesem Kongress hoffen wir die 50.000 voll zu kriegen, Bundestagsabgeordnete auf unsere Seite zu bekommen, um vom Familien- und Gesundheitsministerium endlich Unterstützung für das schon auf dem Sylt- und Borkum-Kongress vorgestellte Bürgerforschungsprojekt der bundesweiten Aufarbeitung in Höhe von 6 Millionen Euro zu erhalten.

Das Verschickungsgeschehen war ein bundesweit vernetztes und vielfach verzahntes Geschehen, es wurde von Bundesgesetzen gestützt, es wurde von Bundeszuschüssen unterhalten, es wurde in allen Bundesländern durchgeführt. Es muss auch vom Bund aufgearbeitet werden. Nicht alleine. Wir wünschen uns eine Drittelung: Ein Teil soll der Bund zusteuern, ein Teil die Trägerlandschaft, ein Teil die Bundesländer. Das wäre gerecht, denn diese drei Körperschaften standen damals in der Verantwortung.

Helft mit, dieses dunkle Kapitel aufzuklären, macht bei uns mit, engagiert euch, sprecht uns an, wie ihr mithelfen könnt. Wir freuen uns!

Teilt die Petition mit den Forderungen an den Bund nach Aufarbeitung, ihr findet sie auf unserer Webseite auf den kleinen blauen Kärtchen, Danke!